



An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung Schöneck
Herrn Ditzel
Rathaus Kilianstädten
Herrnhofstraße 8
61137 Schöneck

Schöneck, den 31.05.2019

Antrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am Montag, den 17.06.2019

Ausrufung des Klimanotstands in Schöneck

Beschlussvorschlag:

Die Schönecker Gemeindevertretung

- a) erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab September 2019 folgende Klassifikation verpflichtender Bestandteil.

Auswirkungen auf den Klimaschutz

- Ja, positiv
- Ja, negativ
- Nein

Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in der Begründung dargestellt werden.

- d) beauftragt den Gemeindevorstand, die Gemeindevertretung bis September 2019 über den Umsetzungsstand des im Jahr 2012 verabschiedeten Klimaschutzkonzepts zu unterrichten und für noch offene Maßnahmen Beschlussvorlagen zur Umsetzung vorzulegen bzw. zu begründen, warum deren Umsetzung als nicht mehr sinnvoll erachtet werden.
- e) fordert den Gemeindevorstand auf, der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten
- f) folgt mit diesem Beschluss dem Vorbild der Stadt Konstanz und weiterer Städte und fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, diesem Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf

aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.

Begründung:

Laut Deutschem Wetterdienst war das Jahr 2018 (wieder einmal) das wärmste und bis November auch das trockenste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Dringlichkeit, dem Klimawandel entschlossen entgegenzuwirken, dürfte uns allen auch durch die eigene Beobachtung und Erfahrung vor Augen geführt worden sein.

Unter dem Motto „Fridays for future“ erinnern uns demonstrierende Schülerinnen und Schüler Freitag für Freitag an das bisherige Versagen unserer Politik-Generation. Sie fordern endlich konsequentes Handeln gegen den Klimawandel. Denn wir setzen uns landauf landab Ziele - nur um diese immer wieder zu reißen.

Damit soll nun Schluss sein: Neben dem Bekenntnis zum dringlichen Handeln soll ab sofort jede Entscheidung auf ihre Auswirkungen auf das Klima hin überprüft werden.

Dr. Barbara Neuer-Markmann
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen